



Interviews

Datum: 04. Mai 2025

Johannes Kuhn im Gespräch mit Jan van Aken, Ko-Vorsitzender Die Linke

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Kuhn: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk, am Mikrophon ist Johannes Kuhn. Und aus Hamburg zugeschaltet ist mein Gast Jan van Aken, Ko-Vorsitzender der Partei Die Linke. Hallo, Herr van Aken.

Van Aken: Ja, hallo, schönen guten Tag.

Kuhn: Wir zeichnen dieses Interview am Freitag, den 02. Mai auf. Herr van Aken, wie der Zufall es möchte, Sie hatten am 01. Mai Geburtstag. Am 01. Mai, dem Tag der Arbeit, dem Tag der Arbeiterbewegung, wie es auch in Ihrer Partei heißt. Könnte eigentlich ganz gut passen, kann man meinen. Jetzt gucke ich aber auf die Nachwahlbefragungen der Bundestagswahl im Februar und dann sehe ich bei Arbeitern AfD 38 Prozent, Union 22 Prozent, SPD 12 Prozent und Die Linke nur 8 Prozent. Jetzt können Sie ja mit dem gesamten Wahlergebnis zufrieden sein, aber die Frage stellt sich ja bei 38 Prozent für die AfD schon. Warum hat die Arbeiterschaft kein Interesse mehr an linken Parteien und auch nicht an Ihrer Partei?

Van Aken: Ich glaube, da muss man insgesamt die Linke in den letzten Jahren anschauen. Wir haben ja ziemlich schlecht ausgesehen. Das hatte ganz viel mit öffentlichem Streit zu tun und auch vor allen Dingen damit, dass die Linke nicht klar erkennbar war. Deswegen lagen wir im letzten Sommer ja auch noch bei 2,5 Prozent. Und ich glaube, da hat sich einiges verändert. Und unser erklärtes Ziel ist ja nicht nur jetzt mit einer klaren Sprache wieder klarzumachen, es ist völlig eindeutig, wofür die Linke steht, da muss es keine zwei Meinungen geben. Das heißt, auch ganz speziell eben auch die Menschen anzusprechen, die wenig Geld verdienen, den ganzen Tag sich krummlegen und am Ende des Monats im Supermarkt stehen und den Wochenendeinkauf nicht bezahlen können. Und das ist uns natürlich gelungen. Das ist uns auch gut gelungen im Vergleich zu vor einem Jahr noch. Aber da ist noch ganz viel Luft nach oben.

Kuhn: Bei den Arbeitern - was hat man da falsch gemacht? Sie haben es schon angesprochen: Sprache. War man vielleicht zu wenig in den Betrieben? Hat man da den Kontakt verloren?

Van Aken: In den Betrieben, aber auch vor Ort. Also wir sehen das hier in Hamburg. Ich bin ja nun Hamburger. In den Vierteln, wo Menschen relativ oder sehr wenig verdienen, wo wir jahrelang aktiv sind als Linke, wo wir immer wieder die Menschen unterstützen, Sozialberatung machen usw., da sinkt die Zahl der Nichtwählenden. Da steigt die Zustimmung für die Linke. Das ist aber ein langer Prozess. Also Menschen, die seit Jahren frustriert sind von der Politik, die immer sagen, na, die da oben machen eh, was sie wollen, da braucht es wirklich viele Jahre Vertrauensaufbau. Da, wo wir über lange Zeiten aktiv sind, hat es schon besser funktioniert. Und das ist unsere Aufgabe. Wir haben ja auch nach der Wahl jetzt weitergemacht mit unseren Haustürgesprächen. Das war ja nicht nur Wahlkampf, sondern wir gehen einfach dahin, wo die Menschen wohnen und fragen sie, wo ist ihr Problem und versuchen das anzugehen. Ich glaube, wenn wir das systematisch weitermachen – und da sehe ich die Aufgabe für die Linke in den nächsten Jahren – dann können wir da der AfD auch das Wasser abgraben.

Kuhn: Lassen Sie uns mal reden, was Sie in der Arbeitsmarktpolitik vorhaben. Wir erleben gerade ja eine kriselnde Wirtschaft. Wir erleben auch eine Diskussion über die Ausweitung der Arbeitszeit. Sie als Linke dagegen sagen, Viertagewoche ohne Lohnausgleich, das ist das Ziel. Wie geht das zusammen, eine kriselnde Wirtschaft auf der einen Seite und auf der anderen Seite zu sagen: eigentlich müssen wir ja weniger arbeiten?

Van Aken: Na, die Krise in der Wirtschaft, da müssen wir ja aber mal länger drüber reden. Wenn ich dann angucke irgendwie, wie die Manager-Gehälter gestiegen sind, dass die sich da unfassbar hohe Boni in die eigene Tasche spielen, das ist bei VW. Erst werden Milliarden an Dividenden ausbezahlt und dann sollen Leute entlassen werden. Also das ist eine Krise für die Arbeiterinnen und Arbeiter, aber dass jetzt die Wirtschaft generell in der Krise ist, da muss man echt zweimal genauer hinschauen.

Kuhn: Wir sind aber zwei Jahre in der Rezession.

Van Aken: Nein, wenn ich mir die Zahlen von Anfang dieser Woche anschau, eben nicht. Also da war die Nachricht irgendwie nach den neuesten Wirtschaftszahlen: keine Rezession. Das ist eben genau der Unterschied. Und natürlich gibt es in Deutschland in den letzten zwei, drei Jahren ein Problem, dass nämlich in der Krise, die es ja weltweit gibt, Deutschland Schlusslicht geworden ist, weil wir nichts investiert haben, weil es die Schuldenbremse gab. So, also insofern gibt es hier Nachholbedarf. Aber jetzt zu sagen, wir sind hier in der Krise – wenn ich mir Milliardendividenden anschau, würde ich sagen, die können wir erst mal umschichten, rein in die Betriebe, rein in die Investitionen, rein in den sozialen Wohnungsbau. Die Bauwirtschaft ist in einer richtigen Krise. Das liegt aber daran,

dass keiner Geld in die Hand nimmt. Also das sind Dinge, die könnte man ganz leicht ändern. Und dann ist es hier vorbei mit Krise. Und dann muss ich sagen, die Produktivität ist so stark gestiegen. Warum sollen nur die Arbeitgeber das Geld abschöpfen? Ich finde, die, die so hart arbeiten, sollten auch was davon haben.

Kuhn: Na ja, das stimmt aber nicht ganz. Seit 2017 stagniert die Produktivitätsentwicklung in Deutschland. 94 Prozent der Unternehmen sagen auch zu einer Viertagewoche – IW-Umfrage, arbeitgebernah, muss man dazu sagen, aber repräsentativ – sagen: Damit würde unsere Firma an Wertschöpfung verlieren. Das sind ja nicht nur die großen Konzerne. Also das klingt wirklich nicht so, als sei jetzt weniger Arbeit das richtige Rezept, auch wenn es viele Arbeitnehmer womöglich begrüßen würden.

Van Aken: Also, wie gesagt, das ist eine Industrieumfrage. Da wäre ich immer sehr, sehr skeptisch. Wir wissen aus England, da gab es ja schon einige Versuche damit. Auch hier in Deutschland kenne ich Firmen, die das gemacht haben. Und da sagen auch die Arbeitgeber: Das ist richtig teuer, denn ich muss ja jetzt die Arbeit auf mehr Leute verteilen. Ich muss mehr Leute einstellen. Dass am Ende sich das aber deswegen rechnet, weil die Leute zufriedener sind, die Produktivität steigt, der Krankenstand sinkt usw., usf. Das heißt, das, was ich an Zahlen kenne von praktischen Versuchen damit, ist eher positiv als negativ. Aber eins ist auch klar: Das ist kein Rezept, das man jetzt flächendeckend machen kann. Deswegen sagen wir als Linke ja auch nicht Viertagewoche für alle, sondern wir unterstützen die Gewerkschaften da, wo es gerade aktuell schon Sinn macht, in der Viertagewoche, oder eine andere Art von Flexibilisierung, die nicht nur dem Arbeitgeber dient. Das heißt, da gibt es verschiedene Modelle, die in unterschiedlichen Branchen unterschiedlich sind. Aber so pauschal zu sagen, Viertagewoche schadet der Wirtschaft, das ist Industriepropaganda.

Kuhn: Welche Arbeitsgesellschaft schwebt der Linken denn vor? Ihre Basis hat ja in einem Mitgliederentscheid entschieden, dass künftig das bedingungslose Grundeinkommen ins Parteiprogramm aufgenommen werden soll. Ist noch nicht passiert, ist auch in der Partei sehr umstritten. Aber es gibt dieses Mitgliedervotum. Eine Grundabsicherung für alle, egal, ob die Person arbeitet oder nicht, wie viel Geld sie hat oder nicht. Wie soll das aussehen und woher soll das Geld kommen, um das zu finanzieren?

Van Aken: Ja, das ist ja – wie Sie gesagt haben – nicht unser Modell. Wir haben jetzt zwei Jahre Zeit, über unser Grundsatzprogramm zu diskutieren. Da soll das auch mitdiskutiert werden.

Kuhn: Da soll das drinstehen. So haben es die Mitglieder entschieden.

Van Aken: Genau. Aber ich bin sehr gespannt, was da drinsteht. Denn bei diesem bedingungslosen Grundeinkommen muss man ja gucken: Es gibt auch von Arbeitgeberseite solche Modelle. Das nenne ich dann immer eher so ein FDP-Modell, irgendwie die Menschen, die nicht arbeiten können usw. mit möglichst wenig Geld abzuspeisen, also sozusagen noch mal eine Verschlechterung von Bürgergeld oder Hartz IV. Das meinen wir nicht damit. Aber wir haben es, wie gesagt, noch nicht beschlossen. Das muss man sich alles genau anschauen. Aber ich bin für eine Arbeitswelt, in der die Menschen, die hart arbeiten, den ganzen Tag krummlegen, dass die am Ende auch gut davon leben können und dass die am Ende auch eine gute – und nicht nur eine auskömmliche, sondern eine gute Rente haben. Und dafür brauchen wir eine massive Umverteilung. Also es kann nicht sein, dass es Menschen gibt, die arbeiten 40 Stunden die Woche und müssen dennoch aufstocken, weil die so schlecht bezahlt werden. Ich finde das alles eine unglaubliche Sauerei.

Kuhn: Herr van Aken, lassen Sie uns kurz auf das große Ganze blicken. Das sind ja auch internationale Zusammenhänge. Das deutsche Geschäftsmodell im Sinne des Exports funktioniert nicht mehr. Wir haben auch einen Zollstreit, einen Zollkonflikt, ausgelöst von Donald Trump. Die Globalisierung wird teilweise – so sieht es zumindest aus – rückabgewickelt. Was ist denn aus Ihrer Sicht eine adäquate Reaktion auf diese gegenwärtige Krise und auf die drohenden Wohlstandsverluste, die damit auch in Deutschland womöglich drohen?

Van Aken: Die Binnennachfrage stärken. Das sagt die Linke seit langer Zeit. Und das ist jetzt wieder so ein Moment, wo ich denke: Och Mensch, hätten die mal auf uns gehört vor zehn, 15 Jahren. Denn natürlich weiß man, dass so eine totale Exportorientierung nicht nachhaltig funktionieren kann. Denn da gibt es Ungleichgewichte. Da holen andere Länder auf, technologisch. Das kann man nicht auf Dauer halten. Und in dem Moment, wo wir die Binnennachfrage stärken – und das heißt zum Beispiel den Mindestlohn erhöhen, das heißt die unteren Lohngruppen stärken und, und, und, also mehr Geld an die zu geben in Deutschland, die es auch ausgeben, weil sie gar nicht so viel haben, um das alles auf die hohe Kante zu legen. Das würde natürlich ein anderes Wirtschaftsmodell bedeuten. Und ich glaube, der Weg dahin, den müssen wir spätestens jetzt beginnen. Wir hätten ihn eigentlich vor 15 Jahren beginnen müssen.

Kuhn: Binnennachfrage stärken klingt erst mal prinzipiell logisch aus Ihrer Sicht. Aber für Maschinen, die auf der Schwäbischen Alb produziert werden für Autos, die in Niedersachsen produziert werden oder optische Linsen, die aus Jena kommen, da ist ja der deutsche Markt alleine ein bisschen klein. Also, da kann ja eine Binnennachfrage gar nicht den Verlust an Verkaufsmöglichkeiten irgendwie eindämmen.

Van Aken: Nein, natürlich nicht. Also Binnennachfrage stärken heißt ja auch nicht nichts mehr exportieren. Also da muss man jetzt aufpassen. Es heißt nur, dass man das Verhältnis von Exportorientierung und Binnennachfrage, dass man das verschiebt, dass sozusagen mehr hier auch in Deutschland nachgefragt wird. Das würde uns erst mal resilienter machen. Also resilienter ist ja so ein komisches Wort. Also es würde uns hier stabiler machen gegen Krisen aller Art. Dann würde man jetzt bei solchen Trump-Zöllen wahrscheinlich flexibler reagieren können. Aber auf der anderen Seite, wenn es denn solche Schocks von außen gibt wie diese Zölle von Trump, dann hilft natürlich nur, ich sage mal, eine gerechte Globalisierung.

Kuhn: Das heißt Freihandelsabkommen? Da sind Sie ja eigentlich dagegen.

Van Aken: Nein. Das ist ja meistens nicht gerecht. Sondern wenn ich mir jetzt die Zölle angucke, frage ich mich die ganze Zeit: Das ist doch wie auf dem Schulhof. Ein Bully knöpft sich einen Mitschüler nach dem anderen vor und zieht den ab. In dem Moment, wo sich alle zusammentun und sagen nicht mit uns, sieht es ganz schlecht aus für den Bully. Und ich verstehe auch nicht, warum nicht jetzt sofort reagiert worden ist auf diese flächendeckenden Zölle, die die USA da erlassen haben, dass man nicht gemeinsam sagt im Rest der Welt: Wir sind uns in ganz vielen anderen Punkten uneins. Wir haben auch eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt usw., aber an dem Punkt handeln wir jetzt gemeinsam. Da würden die USA aber ganz schnell, ganz kleinbegeben müssen. Deswegen haben wir ja schon vor zwei Monaten gesagt: sofort eine Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, um über den Umgang aller anderen Länder, aller 193 Länder außer den USA, damit umzugehen. Das ist auch eine Möglichkeit, mit so einem Wirtschaftsschock von außen umzugehen.

Kuhn: Heißt das auch, sich stärker mit China ins Benehmen zu setzen, die ja letztendlich auch im Moment noch eine sehr exportgetriebene Wirtschaft verfolgen und entsprechend natürlich jetzt auch Märkte suchen und da in der Europäischen Union womöglich fündig werden. Umgekehrt natürlich, das bedeutet, dass der deutsche Export und auch der innereuropäische Handel womöglich beeinträchtigt ist. Also bedeutet es für sie mehr China, weniger USA?

Van Aken: Das hört sich mir zu einfach an, mehr China, weniger USA. Ich würde das lieber globaler sehen. Ich finde es falsch, dass jetzt die CDU zum Beispiel sagt, das Verhältnis zu China ist Partner, Konkurrent und strategischer Rivale. Dieser strategische Rivale, das finde ich falsch zu China. Aber natürlich ist man auch Konkurrent, wirtschaftlicher Konkurrent. Das war man immer auch mit den USA und war trotzdem beste Freunde. Aber da war man Konkurrent. Und ich sage mal, so ein gleiches Verhältnis auch zu China zu haben, das finde ich in Ordnung. Ich würde

weggehen von diesem strategischen Rivalen. Und man darf sich auch nicht abhängig machen, also zu einseitig abhängig machen. Deswegen finde ich den globaleren Ansatz richtig. Es heißt ja immer, diese Globalisierungsgegner von den Linken. Ich glaube, wir waren nie Globalisierungsgegner. Wir wollten nur gerechter und sozusagen gleichmäßiger auch auf alle verteilen. Diese bilateralen Freihandelsabkommen, also, wenn jetzt die EU sich ein einzelnes Land in Südamerika vorknöpft, das ist ja immer ungerecht. Da ist ja ein riesiger Wirtschaftsblock EU gegen ein kleines Land, das sich kaum wehren kann gegen ungerechte Bedingungen. Und die wurden dann auch immer durchgesetzt, die ungerechten Bedingungen. Das muss halt gerechter werden. Dann ist man nicht mehr einseitig abhängig von den USA oder China oder – wie es eben auch lange war – von Russland.

Kuhn: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast ist Jan van Aken, Ko-Vorsitzender der Partei Die Linke. Herr van Aken, lassen Sie uns kurz über die Entwicklung Ihrer Partei sprechen. Zum Jahreswechsel, ich habe noch mal nachgeguckt, hatten Sie 58.000 Mitglieder. Wie viele sind es inzwischen?

Van Aken: 112.000.

Kuhn: Also stattlich, fast verdoppelt. Wahrscheinlich ziemlich einmalig in der Geschichte. Wie würden Sie diese neuen Mitglieder beschreiben? Sind die aus bestimmten Regionen? Sind die aus bestimmten Milieus, aus bestimmten Alterskohorten?

Van Aken: Nein. Also es ist ... regionsmäßig können wir es gar nicht sagen. Das ist flächendeckend in Deutschland. Auch wirklich auf dem Land, auch wirklich in Landkreisen, wo es überhaupt keine größere Stadt gibt, haben wir genau diese Zuläufe gehabt. Es sind sehr viele junge Leute, aber auch nicht nur. Ich bin ja oft auch unterwegs bei Kreisverbänden und frage dann immer auch die neuen ... also, ich habe gestern gerade hier in Hamburg wieder mit einer 70-Jährigen geredet, die gerade eingetreten ist, und mit 18-Jährigen. Also auch altersmäßig ist das sehr gemischt, aber eben stärker die Jungen. Und ich frage dann immer: Warum seid ihr jetzt gekommen? Und bei ganz vielen ist es eben tatsächlich die Angst vor einem Erstarken des Faschismus. Der Rassismus, die Migrationsfeindlichkeit hier in Deutschland, die flächendeckend ja eigentlich zu sehen war. Und da haben ganz viele gesagt, jetzt ist es Zeit, sich zu wehren und wir können uns besser gemeinsam wehren und deswegen gehe ich in die Partei. Und es ist ja nicht nur, dass wir so viele neue Mitglieder haben, sondern auch kulturell hat sich da einiges gewandelt.

Kuhn: Man sagt ja in Ihrer Partei, es ist quasi – wir sind jetzt eine neue Partei. Was heißt das denn für die Positionierung? Sie haben schon gesagt, Antifaschismus hat

natürlich auch im Wahlkampf, die Diskussion über die gemeinsame Abstimmung von Union und AfD, hat eine große Rolle gespielt. Andere Themen aber zum Beispiel nicht. Klimakrise hat nicht nur bei Ihnen keine Rolle gespielt, bei fast gar keinen Parteien. Jetzt kann man sagen, gut, die Linke hat da eigentlich vielleicht nichts zu gewinnen gegen die Grünen, aber gerade die Jüngeren der, sage ich mal, alten Basis, da hört man ja auch auf Parteitag immer wieder: Hey, Klimapolitik, das muss eigentlich ganz nach vorne. Das ist das alles umwölbende Thema, das alles verändern wird - und zwar nicht in dem Sinne von: Na ja, Klimapolitik müssen wir ein bisschen sozial abfedern. Sondern radikal im Sinne von: Der Kapitalismus muss weg, denn er ist das zugrundeliegende Problem der Klimakrise. Gehen Sie da mit?

Van Aken: Also inhaltlich ist es ja richtig. Also diese Parole, die es vor ein paar Jahren schon mal gab „System Change, not Climate Change“ das stimmt ja, weil natürlich ganz viel dieser Klimakatastrophe begründet ist in einem kapitalistischen Modell, das sich überhaupt nicht darum schert, ob das in zehn Jahren noch funktioniert und auch die Lebensgrundlagen einfach zerstört. Aber auch die Unfähigkeit von Ländern wie Deutschland, darauf adäquat zu reagieren, hängt ja damit zusammen, dass die, die hier in der Wirtschaft das Sagen haben, auch sehr viel bei der Bundesregierung mit zu sagen haben. Und deswegen sehen wir einen absoluten Sinneswandel in Deutschland. Vor vier Jahren war die Bundestagswahl noch die Klimawahl. Und jetzt hat keiner mehr Klima gesagt, weil das eher schmutzig geworden ist. Wir haben da immer wieder drüber geredet und ...

Kuhn: Aber Sie haben es nicht nach vorne gestellt. Sie haben die Mietenpolitik nach vorne gestellt, die Sozialpolitik im engeren und weiteren Sinne. Wenn Sie sagen „System Change, statt Climate Change“, was ist für Sie „System Change“, für die Linke im Jahr 2025?

Van Aken: Ich mache das immer am Beispiel der Mieten deutlich. Das heißt, zum einen brauchen wir eine sehr klare, konkrete Reform, wo die Menschen sofort merken, mir geht es besser. Bei den Mieten ist es der Mietendeckel. So, und das nächste ist, dann kommt der Klimawandel mit rein. Das muss auch ein Warmmietendeckel sein. Das kann ja nicht sein, dass jetzt irgendwie die Kaltmiete zwar gedeckelt wird und dann explodieren aber die Preise für Energie. Das können die Menschen auch nicht bezahlen. Wir müssen CO2 einsparen. Wir müssen anders die Wärme produzieren, aber auf eine Art und Weise, dass es die Menschen nichts kostet. Wenn wir das nicht sozial abfedern, dann werden wir nie Mehrheiten für Klimamaßnahmen bekommen. Und dann gehe ich aber immer einen Schritt weiter und sage: Nein, es reicht jetzt nicht so eine Reform, eine Sozialstaatsreform. Wir müssen auch weitergehen und sagen, es ist überhaupt nicht richtig, dass irgendwer 3.000 oder mehr Wohnungen besitzt. Das ist nämlich dann nur noch Spekulation an

der Börse. Mit unseren Wohnungen darf nicht spekuliert werden. Deswegen sagen wir, große Konzerne über 3.000 Wohnungen müssen enteignet werden. Und der dritte Schritt – das ist dann, was wirklich System Change ist: Was ist denn mit dem ganzen Grund und Boden? Nichts auf der Erde ist so begrenzt wie Grund und Boden. Und ich finde, das, was so begrenzt ist, muss uns allen gehören. Deswegen: Stoppt Privatisierung, keine Kommune, kein Land, kein Bund darf mehr Grund und Boden verkaufen. Das muss uns allen gehören und dann nur noch in Erbpacht vergeben werden. Das ist das, was man Sozialismus nennen könnte. Und das ist alles realistisch. Das ist alles machbar und das würde auch in einem herrschenden Wirtschaftssystem funktionieren.

Kuhn: Kommunale Verkäufe sind das eine, Enteignung ist das andere. Enteignung, ist das ein Mittel für Sie?

Van Aken: Ja, auf jeden Fall. Wenn ich mir angucke, dass die Deutsche Wohnen, wie viel Tausende Wohnungen die haben, wie die die Mietpreise in die Höhe treiben, die sind richtig Preistreiber am Mietmarkt. Und das ist nicht richtig. Es ist nicht richtig, dass irgendwer irgendwie am Aktienmarkt mit unseren Wohnungen spekuliert und die Leute können es nicht mehr bezahlen. Wir waren ja an Hunderttausenden Haustüren im Wahlkampf und auch jetzt danach noch. Und die Menschen sagen in der großen Mehrheit: Wir können uns das nicht mehr leisten. Ich mache jetzt schon zwei Jobs, um die Miete noch bezahlen zu können. Bei der nächsten Mieterhöhung bin ich draußen, ich bin völlig verzweifelt. Das kann sich keine Gesellschaft leisten, so eine Verzweiflung. Und deswegen darf es so eine Konzentration von Wohnungen nicht geben. Und da bin ich für Enteignung. Das steht übrigens auch im Grundgesetz. Das ist keine linke Erfindung, sondern im Grundgesetz steht drin, dass das vergesellschaftet werden darf. Und ich finde, das sollten wir tun. Die kriegen ja eine Entschädigung dafür. Ist ja nicht, dass jemandem was gestohlen wird. Es darf nur niemand mehr so viel Macht haben über unsere Wohnungen.

Kuhn: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast ist Jan van Aken, Ko-Vorsitzender der Partei Die Linke. Herr van Aken, „Totgeglaubte leben länger“ ist ein bisschen die Überschrift der vergangenen Monate. Sie sind nicht nur wieder in den Bundestag eingezogen, sondern mit 8,8 Prozent, ja, durchaus stattlich. Das Bündnis Sahra Wagenknecht, das sich von Ihnen abgespalten hatte, ist nicht in den Bundestag gekommen. Wie ist denn das Verhältnis im Moment? Sind zum Beispiel jetzt in dieser neuen Linken ehemalige Linken-Mitglieder, die dann rüber ins Bündnis Sahra Wagenknecht gegangen sind, sind die jetzt wieder bei Ihnen willkommen?

Van Aken: Nein, finde ich nicht. Es gibt Einzelfälle, wo das so funktioniert. Aber jemand, der gegangen ist und zwar ganz bewusst zum BSW gegangen ist mit diesen völlig anderen politischen Positionen ... ich meine, das Bündnis Sahra Wagenknecht hat gegen Bürgergeldempfänger*innen gehetzt. Die hat da massive Einschnitte im Sozialhaushalt gefordert bei Bürgergeldempfänger*innen. Die hat gegen Migration gehetzt. Also da hat ja jemand bewusst eine Entscheidung getroffen: Nein, die Position der Linken gefällt mir nicht, ich bin lieber bei der BSW. Und wer jetzt zurückkommen möchte, da habe ich dann das Gefühl, da geht es nur noch um Karriere. Die wollen irgendwie an die Fleischtöpfe. Und da sind wir – ich sage mal so – grundsätzlich dagegen. Ich weiß von Einzelfällen auf Kreisebene. Da kennen sich Menschen und wissen, dass die an den Punkten auch eine klare Position immer behalten haben. Es kann – ich sage mal – auf Kreisebene in Einzelfällen passieren, dass welche zurückkommen, aber nicht im großen Maßstab und auch gar nicht auf hoher Funktionärssebene.

Kuhn: Jetzt ist mit dem Abgang von Frau Wagenknecht aus der Linken seinerzeit ... da sind ja nicht alle Konflikte gelöst. Die Partei ist ja weiterhin sehr heterogen. Gerade in der Außenpolitik, Nahostkonflikt ist ein Beispiel, aber natürlich auch das langfristige Verhältnis zu Russland. Da gibt es ja schon weiterhin unterschiedliche Haltungen und auch unterschiedliche Haltungen wie stark man, ja, sich im Kontext da an der NATO abarbeitet. Wie sollte sich denn die Linke mittelfristig gegenüber Russland positionieren aus Ihrer Sicht?

Van Aken: Gerade bei der Russlandfrage gibt es, glaube ich, gar keinen großen Dissens. Also es gibt, glaube ich, so eine klare Haltung: Nicht Russland ist das Problem, sondern die jetzige russische Regierung. Das finde ich ganz wichtig. Das ist gerade in Westdeutschland wichtig. Ich bin ja in Westdeutschland aufgewachsen. Da gab es ja immer ... „der Iwan kommt“, die Angst und der Hass auf Russland usw. Das dürfen wir auf gar keinen Fall mitmachen. Deswegen finde ich zum Beispiel jetzt auch das bei den Feiern zum 08. Mai, 80. Jahrestag der Befreiung, da alle Russen und Russinnen auszuladen, geht gar nicht. Wir dürfen die russische Regierung nicht daran beteiligen. Also wer jetzt verantwortlich ist für einen Angriffskrieg, den darf man nicht einladen. Aber ich sage mal, russische Überlebende oder russische Widerstandskämpfer von damals, die darf man doch nicht ausladen. Das heißt, dieser Unterschied ist Russland und russische Regierung.

Kuhn: Bei der zentralen Gedenkfeier im Bundestag wurden ja der russische und der belarussische Botschafter explizit nicht eingeladen. Also das sind ja de facto Vertreter des Staates. Halten Sie das für richtig oder falsch?

Van Aken: Völlig richtig – völlig richtig. Ich hätte dann aber dafür andere Persönlichkeiten aus Russland, die zum Beispiel für deutsch-russische oder, ja, deutsch-postsowjetische Freundschaftsgesellschaften sind, die ganz klar nicht beteiligt sind an diesem Angriffskrieg, die hätte ich schon eingeladen, denn wir dürfen es nie vergessen und ich glaube, das unterscheidet uns auch von anderen Parteien, wir dürfen das nie in Vergessenheit geraten lassen, dass über 20 Millionen Russinnen und Russen gestorben sind bei der Befreiung vom Nationalsozialismus. Das heißt, die klare Haltung gegen den heutigen Kreml darf nicht dazu führen, dass wir uns von Russland distanzieren. Also das ist eine klare Haltung bei der Linken. Und das Zweite, die zweite klare Haltung und die sehe ich bei praktisch allen Mitgliedern der Linken, dass wir uns gegen den heutigen Kreml, gegen die aggressive Politik des Kremls stellen. Also ich glaube die, die da eher eine Kreml-Perspektive hatten, die sind schon gar nicht mehr Mitglied der Linken. Die sind zum BSW gegangen.

Kuhn: Für wie erfolgsversprechend halten Sie denn die aktuellen diplomatischen Bemühungen rund um den Ukraine-Krieg, die von den USA ausgehen?

Van Aken: ich würde das gar nicht diplomatische Bemühungen nennen. Also, es sind auf jeden Fall keine Friedensverhandlungen. Denn Verhandlungen, wo die Betroffenen selbst, die Ukraine, nicht mit am Tisch sitzt, das sind keine Friedensverhandlungen, sondern das ist ein dreckiger Deal, der zwischen zwei Großmächten – USA und Russland – ausgedeutet wird. Das ist was ganz anderes als Friedensverhandlungen. Denn wenn die Beteiligten nicht dabei sind, wenn die große Mehrheit der Menschen in der Ukraine nicht zustimmen, dann wird das sowieso dauerhaft nicht halten. Das wissen wir von vielen, vielen anderen Konflikten aus der Friedensforschung. Deswegen ist das im Moment eher ... mein Eindruck ist ja, sind das Gespräche, wo die USA sagen, es gibt auf der Welt drei Supermächte. Die heißen China, Russland, USA. Wir teilen uns die Welt auf. Die Ukraine soll meinetwegen zu Russland gehören. Dafür kriegen wir Panama und Grönland. Das ist das Niveau der Gespräche gerade. Das hat mit Friedensverhandlungen nichts zu tun.

Kuhn: Sie sagen ja immer, China muss mit ins Boot. Aber jetzt gucken wir uns mal an, bilateraler Handel zwischen China und Russland seit Kriegsbeginn um umgerechnet über 100 Milliarden Euro zugenommen. Industriegüter – China schließt die Lücke, die de facto durch westliche Sanktionen entstanden ist. Also man liefert da Chips, Drohnen usw. Also diese These, dass Peking da sozusagen einen neutralen Vermittler, der nicht auf russischer Seite steht, geben kann, der über den Dingen steht oder neben den Dingen, das ist eigentlich längst widerlegt?

Van Aken: Also die These habe ich auch nie vertreten. China ist ein enger Verbündeter und wird sich nie gegen Russland stellen, wird nie Russland in den Rücken fallen.

Kuhn: Das würde ja bedeuten im Endeffekt, dass auch jegliche Form von Friedensinitiative, ja, keine ehrliche wäre sozusagen oder keine, die die Interessen der Ukraine ausreichend berücksichtigen könnte.

Van Aken: Na ja, es geht ja nicht darum, dass China das alleine macht. Sondern der Grundgedanke ist immer – und das kennen wir auch aus der Friedensforschung – das Entkriegen. In dem Moment, wo starke Verbündete sich auch weltöffentlich für Verhandlungen einsetzen, sie vorbereiten, einladen und so, in dem Moment können eigentlich die kriegsführenden Parteien sich dem nicht entziehen. Das heißt, das wäre hier auf ukrainischer Seite die EU und auf russischer Seite wäre das China als starker Verbündeter. Und da geht es nicht darum, dass sie sich gegen Russland stellen, sondern meine Idee wäre immer: Wir haben ein Verhandlungsformat, eingeladen von EU und China, sozusagen als die jeweils starken Verbündeten der kriegsführenden Parteien. Die laden ein. Und ich garantiere Ihnen, wenn Xi Jinping einlädt, dann muss Putin kommen.

Kuhn: Da gibt es aber noch keine Anzeichen dafür. Die Ukraine hat zum Beispiel vor kurzem den chinesischen Botschafter einbestellt, weil man ihm offensichtlich Beweise für chinesische Waffenlieferungen vorführen wollte. Also, kann man natürlich nicht überprüfen, aber das sieht ja gar nicht so aus, als gäbe es da in irgendeiner Form ein Interesse oder Bewegung.

Van Aken: Na ja, das sehe ich anders. Im letzten Mai hat der chinesische Außenminister – das ist schon eine ganz hohe Ebene – gemeinsam mit dem brasilianischen Außenminister noch mal öffentlich eingeladen zu solchen Verhandlungen. Im Grunde genommen richtete sich das an die EU: Wenn ihr wollt, dann sind wir dabei, aber ihr müsst kommen. Und die EU ist nicht gekommen, weil es hier diese strategische Rivalität zu China gibt, dass man sagt, man möchte China auf keinen Fall aufwerten, deswegen auf keinen Fall ihnen eine große Rolle bei solchen Verhandlungen zuschancen. Und deswegen wird diese Gelegenheit nicht genutzt. China hat immer wieder deutlichgemacht: Wir verurteilen den Krieg als völkerrechtswidrig. Wir unterstützen Russland nicht militärisch. Und wenn Sie jetzt diese Beweise für chinesische Waffenlieferungen nehmen, das war eine Kalaschnikow aus chinesischer Produktion. Aber wir wissen doch, dass Nordkorea, die auch chinesische Kalaschnikows haben, dort im Krieg kämpft. Also das ist überhaupt kein Beweis auch nur für eine Waffenlieferung. Ich will das nicht ausschließen, aber bis jetzt – und ich kenne mich ziemlich gut mit Waffen aus, mit

Waffenlieferungen habe ich 20 Jahre zu gearbeitet – bis jetzt hat mir nicht einer auch nur den Hauch eines Hinweises auf einen Verdacht gezeigt, dass China tatsächlich Waffen liefern würde an Russland.

Kuhn: Lassen Sie uns zum Schluss noch mal kurz auf die anstehende Woche blicken. Am Dienstag wählt der neue Bundestag mit Friedrich Merz einen neuen Bundeskanzler. Die Linke macht Opposition mit sehr vielen neuen Gesichtern auch in der Fraktion. Vielleicht in einem Satz: Wann kann die Linke in vier Jahren von sich behaupten, wir haben geliefert? Sie haben unter anderem versprochen, der Mietendeckel kommt, auch, wenn wir in der Opposition sind.

Van Aken: Ja, wenn der Mietendeckel da ist oder wenn zumindest auf Landesebene viele mietenrechtliche Regelungen deutlich verbessert sind, dass die Menschen tatsächlich in der Fläche weniger Mieten zahlen müssen und vor allen Dingen, wenn Steuerschlupflöcher geschlossen wurden, da nehmen wir uns das vor. Die Vermögenssteuer muss natürlich kommen. Die wird mit Herrn Merz nicht kommen. Aber bis dahin müssen wir so viele Steuerschlupflöcher schließen. Die, die eh schon so viel Geld haben, die zahlen so unfassbar wenig Steuern. Und das ist unsere Aufgabe, das in den nächsten vier Jahren jeden Tag aufs Neue auch medial irgendwie öffentlich zu machen. Wer hat da wieder uns beschummst irgendwie? Wenn wir unsere Lohnsteuer abgeben, dann können wir gar nichts beschummsen. Ist auch richtig so, dass da niemand beschummst. Aber die, die 500 Millionen auf dem Konto haben, die zahlen am Ende kaum was. Das ist nicht richtig. Und das wird unsere Aufgabe sein, da die Debatte in Deutschland so zu drehen, dass selbst die CDU irgendwann sagt: Das ist wirklich zu ungerecht. Der Druck aus der Bevölkerung ist zu groß. Wir müssen das verbessern.

Kuhn: Vielen Dank für das Gespräch, Herr van Aken.

Van Aken: Ich bedanke mich bei Ihnen.